

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 28. Juli 1992 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Litauen über die Seeschifffahrt

A. Zielsetzung

Am 11. März 1990 erklärte sich Litauen von der ehemaligen Sowjetunion als unabhängig. Die traditionellen und umfangreichen Seehandelsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Litauen müssen daher durch vertragliche Regelung auf eine neue sichere Grundlage gestellt werden. Es wird angestrebt, die gleichberechtigte Teilnahme der Seeschifffahrtsunternehmen beider Seiten am gegenseitigen Seeverkehr zu fördern. Gleichzeitig soll das Abkommen vor dem Hintergrund positiv veränderter politischer Rahmenbedingungen eine neue Etappe in den schiffahrtspolitischen Beziehungen zwischen beiden Ländern einleiten.

B. Lösung

Das am 28. Juli 1992 unterzeichnete Abkommen trifft die erforderlichen Regelungen. Es ist geprägt durch den Grundsatz der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils und bekräftigt das Bestreben beider Seiten, die bestehende Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Seeverkehrs zu erweitern und zu vertiefen. Das Vertragswerk regelt die Behandlung von Schifffahrtsunternehmen, Schiff, Kapitän, Besatzung, Fahrgästen und Gütern im jeweils anderen Vertragsstaat und enthält Bestimmungen über den Transfer von Frachteinnahmen. Ein Gemischter Seeschifffahrtsausschuß aus Vertretern beider Seiten, der auf Antrag einer Vertragspartei zusammentritt, soll die Durchführung des Abkommens gewährleisten.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Das Vorhaben wirkt sich weder auf die Einzelpreise noch auf das Preisniveau, insbesondere nicht auf das Verbraucherpreisniveau aus, da das Abkommen neben Fragen technischer Art der Abwicklung und der Nutzung sowie der Rechtsgewährung auf der Grundlage der Gegenseitigkeit, nur die Art und Weise der Verwendung von Einnahmen in konvertierbarer Währung aus Dienstleistungen der Seeschifffahrt – nicht aber deren Höhe – regelt; zusätzliche Anforderungen werden nicht gestellt.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
021 (323) – 941 00 – Se 45/93

Bonn, den 5. April 1993

An die Präsidentin
des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 28. Juli 1992 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Litauen über die Seeschifffahrt mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Verkehr.

Der Bundesrat hat in seiner 654. Sitzung am 26. März 1993 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Dr. Helmut Kohl

Entwurf

**Gesetz
zu dem Abkommen vom 28. Juli 1992
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Litauen
über die Seeschifffahrt**

Vom

19

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates
das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Wilna am 28. Juli 1992 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Litauen über die Seeschifffahrt wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 16 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz**Zu Artikel 1**

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da durch das Vertragsgesetz in Verbindung mit Artikel 12 Abs. 2 Satz 2 des Abkommens auch das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 16 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Das Vorhaben wirkt sich weder auf die Einzelpreise noch auf das Preisniveau, insbesondere nicht auf das Verbraucherpreisniveau aus, da das Abkommen neben Fragen technischer Art der Abwicklung und der Nutzung sowie der Rechtsgewährung auf der Grundlage der Gegenseitigkeit, nur die Art und Weise der Verwendung von Einnahmen in konvertierbarer Währung aus Dienstleistungen der Seeschifffahrt – nicht aber deren Höhe – regelt; zusätzliche Anforderungen werden nicht gestellt.

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Litauen
über die Seeschifffahrt**

**Sutartis
tarp Vokietijos Federacinės Respublikos Vyriausybės
ir Lietuvos Respublikos Vyriausybės
dėl susisiekimo jūrų transportu**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Litauen –

Vokietijos Federacinės Respublikos Vyriausybė
ir
Lietuvos Respublikos Vyriausybė,

in dem Wunsch, die harmonische Entwicklung der Seeschiffahrtsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Litauen, die sich auf das beiderseitige Interesse dieser Länder und die Freiheit ihres Außenhandels gründen, zu gewährleisten und die internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet soweit wie möglich zu verstärken,

siekdamos užtikrinti susisiekimo jūrų transportu tarp Vokietijos Federacinės Respublikos ir Lietuvos Respublikos harmoningą plėtojimą, besiremiantį abipusiu šalių interesu ir jų užsienio prekybos laisve, taip pat siekdamos stiprinti bendradarbiavimą šioje srityje,

in der Erkenntnis, daß der bilaterale Warenaustausch von einem wirksamen Dienstleistungsaustausch begleitet werden soll –

suprasdamos, kad abipusius prekių mainus turi lydėti veiksmingas keltimasis paslaugomis

sind wie folgt übereingekommen:

**Artikel 1
Begriffsbestimmungen**

In diesem Abkommen bezeichnen

1. der Ausdruck „zuständige Seeschiffahrtsbehörde“
 - a) in der Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister für Verkehr und die ihm nachgeordneten Behörden,
 - b) in der Republik Litauen das Ministerium für Verkehr und die ihm nachgeordneten Behörden;
2. der Ausdruck „Schiff einer Vertragspartei“ jedes Schiff, das nach den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei ihre Flagge führt und gemäß ihren Gesetzen in ein Register eingetragen ist. Dieser Ausdruck umfaßt nicht Kriegsschiffe, Fischereifahrzeuge und die Fahrzeuge, die die in Artikel 7 Buchstaben b bis e genannten Tätigkeiten ausüben. Im Hinblick auf die Anwendung der Artikel 2, 5, 8, 9, 10, 12, 13, 14 und 15 gilt als „Schiff einer Vertragspartei“ auch jedes Schiff unter der Flagge eines dritten Staates, das von einem Seeschiffahrtsunternehmen einer der Vertragsparteien eingesetzt wird;

**1 straipsnis
Sąvokos**

Šioje sutartyje reiškia:

1. Sąvoka „atsakinga jūrų laivininkystės žinyba“:
 - a) Vokietijos Federacinėje Respublikoje Federalinį Susisiekimo ministrą ir jam pavaldžias žinybas,
 - b) Lietuvos Respublikoje Susisiekimo ministeriją ir jai pavaldžias žinybas,
2. Sąvoka „Susitariančios šalies laivas“ – kiekvieną laivą, kuris pagal tos susitariančios šalies teisinius aktus plaukioja su jos vėliava ir įregistruotas pagal jos įstatymus. Ši sąvoka netaikoma karo, žvejybos laivams, kurie vykdo 7-tame straipsnyje punktuose nuo b iki e minimą veiklą. Pagal 2, 5, 8, 9, 10, 12, 13, 14 ir 15 straipsnius „Susitariančios šalies laivu“ taip pat laikomas kiekvienas laivas, plaukiojantis su trečios šalies vėliava, nuomojamas vienos iš Susitariančių šalių jūrų laivybos įmonės;

3. der Ausdruck „Seeschiffsverkehrsunternehmen einer Vertragspartei“ ein Seeschiffe einsetzendes Beförderungsunternehmen, das seinen Firmensitz im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei hat und von ihr nach Maßgabe ihrer Rechtsvorschriften als „Seeschiffsverkehrsunternehmen“ anerkannt ist;
4. der Ausdruck „Besatzungsmitglied“ den Kapitän und jede Person, die während der Reise Aufgaben oder Dienste an Bord wahrzunehmen hat und deren Name in der Musterrolle des Schiffes aufgeführt ist.
3. Sąvoka „Susitariančios šalies jūrų laivininkystės įmonė“ – laivus nuomojančią pervežimų įmonę, kurios būstinė yra šios Susitariančios šalies teritorijoje ir pagal jos teisinius aktus yra pripažinta kaip „Jūrų laivininkystės įmonės“;
4. Sąvoka „įgulos narys“ – kapitoną ir kiekvieną asmenį laive, kelionės metu vykdančius užduotis ir paslaugas, ir kurių pavardės nurodytos laivo rolėje.

Artikel 2

Freiheit des Verkehrs

(1) Die Vertragsparteien kommen überein, die Entwicklung des Seeverkehrs zwischen ihren beiden Ländern zu fördern.

Sie werden sich jeglicher Maßnahmen enthalten, die dem ungehinderten internationalen Seeverkehr sowie der uneingeschränkten Beteiligung der Seeschiffsverkehrsunternehmen der beiden Vertragsparteien an der Beförderung der im Rahmen ihres bilateralen Außenhandels ausgetauschten Waren sowie am Seeverkehr zwischen ihrem jeweiligen Land und Drittländern abträglich sein könnte.

(2) Die Schiffe jeder Vertragspartei sind berechtigt, zwischen den dem internationalen Handelsverkehr geöffneten Häfen der beiden Vertragsparteien zu fahren und Fahrgäste und Güter zwischen den Vertragsparteien sowie zwischen jeder von ihnen und Drittländern zu befördern.

(3) Seeschiffsverkehrsunternehmen aus Drittländern sowie Schiffe unter der Flagge eines Drittstaats können sich ohne Einschränkung an der Beförderung der im Rahmen des bilateralen Außenhandels der Vertragsparteien ausgetauschten Waren beteiligen. Die von Seeschiffsverkehrsunternehmen der Vertragsparteien befrachteten Schiffe genießen dieselben Vergünstigungen, wie wenn sie die Flagge einer Vertragspartei führten.

Artikel 3

Internationale Verpflichtungen

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die Verpflichtungen aus anderen internationalen Übereinkünften, welche die Vertragsparteien geschlossen haben und im besonderen nicht die Verpflichtungen, die sich für die Bundesrepublik Deutschland aus ihrer Mitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften ergeben.

(2) Beide Vertragsparteien streben an, die einschlägigen internationalen Übereinkünfte über Schiffssicherheit, über die sozialen Bedingungen der Seeleute und über den Meeresumweltschutz zu ratifizieren.

Artikel 4

Nichtdiskriminierung des Seeschiffsverkehrsunternehmens

Beide Vertragsparteien unterlassen im internationalen Seeverkehr diskriminierende Handlungen jeder Art, die zu einer Benachteiligung der Seeschiffsverkehrsinteressen der anderen Vertragspartei führen oder die freie Auswahl der Seeschiffsverkehrsunternehmen entgegen den Grundsätzen des freien Wettbewerbs beeinträchtigen könnten.

Artikel 5

Regelungen in den Häfen und Hoheitsgewässern

(1) Jede Vertragspartei gewährt auf der Grundlage der Gegenseitigkeit in ihren Häfen, Hoheitsgewässern und anderen ihrer Zuständigkeit unterliegenden Gewässern den Schiffen der anderen Vertragspartei die gleiche Behandlung wie ihren eigenen im internationalen Verkehr eingesetzten Schiffen, insbesondere beim Zugang zu den Häfen, Aufenthalt in den Häfen und Verlassen der Häfen, bei der Benutzung der Hafenanlagen für den Güter- und Passagierverkehr sowie beim Zugang zu allen Dienstleistungen und anderen bestehenden Einrichtungen.

2 straipsnis

Susisiekimo laisvė

(1) Susitariančios šalys susitaria vystyti susisiekimą jūrų transportu tarp abiejų šalių.

Jos susilaikys nuo priemonių, galinčių pakenkti netrikdomam tarptautiniam jūrų susisiekimui, taip pat neribotam abiejų Susitariančių šalių jūrų laivininkystės įmonių dalyvavimui dvišalėje užsienio prekyboje pervežant prekes, taip pat jūrų susisiekime tarp tų šalių ir trečiųjų šalių.

(2) Kiekvienos Susitariančios šalies laivai turi teisę plaukioti tarp abiejų Susitariančių šalių tarptautinei prekybai atvirų uostų, pervežti keleivius ir krovinius tarp abiejų Susitariančių šalių, o taip pat tarp kiekvienos iš jų ir trečiųjų šalių.

(3) Trečiųjų šalių jūrų laivininkystės įmonės ir laivai, o taip pat laivai, plaukiojantys su trečiosios šalies vėliava, gali be apribojimų dalyvauti Susitariančių šalių dvišalėje užsienio prekyboje pervežant prekes. Susitariančių šalių jūrų laivininkystės įmonių frachtuojami laivai naudojami tokiais pačiais lengvatomis, kaip ir laivai su vienos iš Susitariančių šalių vėliava.

3 straipsnis

Tarptautiniai įsipareigojimai

(1) Ši Sutartis neliečia įsipareigojimų, kylančių iš kitų tarptautinių susitarimų, pasirašytų Susitariančių šalių ir ypač Vokietijos Federacinės Respublikos įsipareigojimų, susijusių su jos naryste Europos Bendrijoje.

(2) Abi Susitariančios šalys siekia ratifikuoti atitinkamus tarptautinius susitarimus dėl laivybos saugumo, jūreivių socialinių sąlygų ir jūros aplinkos apsaugos.

4 straipsnis

Jūrų laivininkystės įmonės nediskriminavimas

Abi Susitariančios šalys tarptautiniame susisiekime jūromis nesiims diskriminuojančių veiksmų, vedančių prie kitos Susitariančios šalies jūrų laivininkystės interesų pažeidimo arba darančių kokią nors įtaką jūrų laivininkystės įmonės laisvam pasirinkimui pagal laisvos konkurencijos principus.

5 straipsnis

Tėsinis reguliavimas uostuose ir teritoriniuose vandenyse

(1) Kiekviena Susitarianči šalis, remdamasi abipusiškumo principu, savo uostuose, teritoriniuose vandenyse ir kituose jos kompetencijai priklausančiuose vandenyse kitos Susitariančios šalies laivams garantuoja tas pačias sąlygas, kaip ir savo šalies tarptautiniame susisiekime plaukiojantiems laivams, ypač įplaukiant, stovint ir išplaukiant iš uosto, naudojantis uosto įrengimais prekių ir keleivių pervežimams, taip pat galimybę naudotis visomis paslaugomis ir kitais įrengimais.

(2) Die in Absatz 1 erwähnte Gegenseitigkeit erstreckt sich auch auf das Recht der Seeschiffahrtsunternehmen beider Vertragsparteien auf Zugang zur Ausübung von Agenturtätigkeiten entsprechend den Gesetzen, die auf Seiten der jeweiligen Vertragspartei gelten.

Artikel 6 **Freier Transfer**

Jede Vertragspartei gewährt den Seeschiffahrtsunternehmen der anderen Vertragspartei das Recht, Einnahmen in konvertierbarer Währung aus Dienstleistungen der Seeschiffahrt im Hoheitsgebiet der ersten Vertragspartei für Zahlungen im Zusammenhang mit der Schifffahrt zu verwenden oder sie in konvertierbarer Währung ins Ausland frei zu transferieren.

Artikel 7 **Vom Anwendungsbereich** **dieses Abkommens ausgeschlossen Bereiche**

Dieses Abkommen berührt nicht die geltenden Rechtsvorschriften der Vertragsparteien über

- a) das Vorrecht der eigenen Flagge für die nationale Küstenschifffahrt, Bergungs-, Bugsier-, Lots- und andere Dienste, die den eigenen Seeschiffahrts- oder sonstigen Unternehmen sowie Staatsangehörigen vorbehalten sind; es handelt sich jedoch nicht um Küstenschifffahrt, wenn ein Schiff einer Vertragspartei zwischen Häfen der anderen Vertragspartei fährt, um aus einem Drittland beförderte Güter und Fahrgäste zu löschen beziehungsweise auszuschiffen oder Güter und Fahrgäste zur Beförderung in ein Drittland an Bord zu nehmen;
- b) die Lotsenannahmepflicht für Schiffe;
- c) Fahrzeuge, die Aufgaben des öffentlichen Dienstes wahrnehmen;
- d) Meeresforschungsaktivitäten;
- e) das Vorrecht der Seevermessung in den eigenen Hoheitsgewässern.

Artikel 8 **Beachtung der Rechtsvorschriften** **der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet**

(1) Die Schiffe jeder Vertragspartei sowie ihre Besatzungen, Fahrgäste und Ladungen unterliegen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei deren geltenden Rechtsvorschriften.

(2) Die Schiffe des Seeschiffahrtsunternehmens oder der Seeschiffahrtsunternehmen jeder Vertragspartei unterliegen, solange sie sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei befinden, deren Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften über das Ein- und Auslaufen der im internationalen Seeverkehr eingesetzten Schiffe in ihr oder aus ihrem Hoheitsgebiet sowie über den Betrieb und die Führung solcher Schiffe.

(3) Fahrgäste, Besatzungsmitglieder und Versender von Gütern müssen die im Hoheitsgebiet jeder Vertragspartei geltenden Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften über Einreise, Aufenthalt und Ausreise der Fahrgäste und Besatzungen sowie Einfuhr, Ausfuhr und Lagerung von Gütern, insbesondere die Vorschriften über Landgangsformalitäten, Einwanderung, Zoll, Steuern und Quarantäne, einhalten.

Artikel 9 **Maßnahmen zur Erleichterung des Seeverkehrs**

Die Vertragsparteien ergreifen im Rahmen ihrer Gesetze und Hafenordnungen alle erforderlichen Maßnahmen, um die Beförderung auf dem Seeweg zu erleichtern und zu fördern, um unnötige Verlängerungen der Liegezeiten zu vermeiden und die Erledigung der Zoll- und sonstigen in den Häfen zu beachtenden Formalitäten nach Möglichkeit zu beschleunigen und zu vereinfachen sowie den Gebrauch vorhandener, der Entsorgung dienender Einrichtungen zu erleichtern.

(2) Pirmame paragrafe paminėtas abipusiškumo principas galioja taip pat abiejų Susitariančių šalių jūrų laivininkystės įmonių teisei vykdyti agentūrinę veiklą pagal įstatymus, galiojančius kiekvienos Susitariančios šalies pusėje.

6 straipsnis **Laisvas pinigų pervedimas**

Kiekviena Susitarianči šalis suteikia teisę kitos Susitariančios šalies jūrų laivininkystės įmonei naudoti pajamas konvertuojama valiuta už pervežimo paslaugas pirmosios Susitariančios šalies teritoriniuose vandenyse su laivyba susijusiems atsiskaitymams apmokėti arba laisvai pervesti į užsienį konvertuojama valiuta.

7 straipsnis **Sritys,** **kurioms ši sutartis netaikoma**

Ši Sutartis netaikoma Susitariančių šalių galiojantiems teisiams aktams dėl:

- a) savo šalies vėliavos pirmenybės nacionalinės pakrantės laivininkystėje, dėl pagalbos, buksyro, locmano ir kitų paslaugų, kurios pirmenybės teise teikiamos savo šalies jūrų laivininkystės ar kitoms įmonėms bei valstybės piliečiams; tačiau tai netaikoma pakrantės laivybos, jei vienos Susitariančios šalies laivas plaukioja tarp kitos Susitariančios šalies uostų su tikslu iškrauti iš trečiosios šalies atgabentus krovinius ir išlaipinti keleivius arba paimti krovinius ir keleivius pervežti į trečiąją šalį;
- b) privalomo locmano laivams;
- c) visuomeninių tarnybų transporto;
- d) tiriamųjų darbų jūrose;
- e) pirmenybės jūros topografiniams matavimams savo teritoriniuose vandenyse.

8 straipsnis **Susitariančios šalies teisinių normų** **laikymasis kitos Susitariančios šalies suverenioje teritorijoje**

(1) Kiekvienos Susitariančios šalies laivai, taip pat jų įgulos, keleiviai ir kroviniai kitos Susitariančios šalies teritorijoje laikosi joje galiojančių teisinių aktų.

(2) Kiekvienos Susitariančios šalies jūrų laivininkystės įmonės laivai arba jūrų laivininkystės įmonės, kol jos yra kitos Susitariančios šalies teritorijoje, laikosi jos įstatymų ir kitų norminių aktų dėl tarptautinio plaukiojimo laivų įplaukimo ar išplaukimo iš jos teritorijos, taip pat dėl tokių laivų eksploatacijos ir navigacijos.

(3) Keleiviai, įgulos nariai ir prekių ekspeditoriai turi laikytis kiekvienoje iš Susitariančių šalių galiojančių įstatymų ir kitų norminių aktų dėl keleivių ir įgulų atvykimo, buvimo ir išvykimo, taip pat krovinių įvežimo, išvežimo ir sandėliavimo, ypač išsilaipinimo formalumų, įvažiavimo į šalį, muitų, mokesčių ir karantino taisyklių.

9 straipsnis **Priemonės, palengvinančios susisiekti jūromis**

Susitariančios šalys pagal jose galiojančius įstatymus ir uosto taisykles imasi visų reikalingų priemonių palengvinti ir skatinti pervežimus jūromis, išvengti prastovų, pagal galimybes pagreitinti ir supaprastinti muitų ir kitų uoste reikalingų formalumų sutvarkymą, taip pat palengvinti naudojimąsi uosto iškrovimo įranga.

Artikel 10**Gegenseitige Anerkennung von
Meßbriefen und sonstigen Schiffspapieren**

(1) Die von einer Vertragspartei entsprechend den einschlägigen internationalen Übereinkünften ausgestellten anerkannten und an Bord eines Schiffes dieser Vertragspartei befindlichen Schiffspapiere werden auch von der anderen Vertragspartei anerkannt.

(2) Schiffe, die einen amtlich ausgestellten Meßbrief einer Vertragspartei vorweisen, sind von einer erneuten Vermessung in den Häfen der anderen Vertragspartei befreit. Bei der Berechnung der Hafenabgabe werden diese Papiere zugrunde gelegt.

Artikel 11**Reisedokumente für Besatzungsmitglieder**

(1) Jede der Vertragsparteien erkennt die von den zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei ausgestellten Reisedokumente an und gewährt den Inhabern dieser Dokumente die in Artikel 12 genannten Rechte.

(2) Die Reisedokumente sind für die Bundesrepublik Deutschland der Reisepaß oder das Seefahrtsbuch und für die Republik Litauen der Paß oder das Seefahrtsbuch.

Artikel 12**Einreise, Durchreise und
Aufenthalt von Besatzungsmitgliedern**

(1) Jede Vertragspartei gestattet den Besatzungsmitgliedern eines Schiffes der anderen Vertragspartei, die Inhaber eines der in Artikel 11 genannten Reisedokumente sind, während der Liegezeit des Schiffes in einem ihrer Häfen ohne Aufenthaltsgenehmigung vor der Einreise (Visum) in Übereinstimmung mit den im Aufenthaltsland geltenden einschlägigen Gesetzen und sonstigen Vorschriften an Land zu gehen und sich im Gebiet des Hafenorts aufzuhalten. Erforderlich ist in diesen Fällen

- in der Bundesrepublik Deutschland ein Landgangsausweis,
- in der Republik Litauen ein Landgangsausweis.

(2) Jedes Besatzungsmitglied, das Inhaber eines der in Artikel 11 genannten Reisedokumente ist, darf nach Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung vor der Einreise (Visum) durch das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei durchreisen, um sich zum Zweck seiner Heimschaffung oder aus einem anderen, von den zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei als triftig anerkannten Grund auf sein Schiff oder auf ein anderes Schiff zu begeben. Die betreffende Aufenthaltsgenehmigung (Visum) ist in möglichst kurzer Zeit zu erteilen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien gestatten einem Besatzungsmitglied, das im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei in ein Krankenhaus eingeliefert wird, den für die stationäre Behandlung erforderlichen Aufenthalt.

(4) Beide Vertragsparteien behalten sich das Recht vor, Personen, die unerwünscht sind, die Einreise in ihr Hoheitsgebiet zu verweigern, auch wenn diese Personen Inhaber eines der in Artikel 11 genannten Reisedokumente sind.

(5) Die Bediensteten der diplomatischen Missionen und der konsularischen Vertretungen einer Vertragspartei sowie der Kapitän und die Besatzungsmitglieder der Schiffe dieser Vertragspartei sind berechtigt, unter Beachtung der im Aufenthaltsland geltenden einschlägigen Gesetze und sonstigen Vorschriften miteinander in Verbindung zu treten und zusammenzutreffen.

(6) Vorbehaltlich der vorstehenden Bestimmungen bleiben die Regelungen der Vertragsparteien betreffend die Einreise, den Aufenthalt und die Ausreise von Ausländern unberührt.

Artikel 13**Vorkommnisse auf See**

(1) Erleidet ein Schiff einer Vertragspartei in den Hoheitsgewässern der anderen Vertragspartei einen Schiffbruch oder eine

10 straipsnis**Abipusis laivo pasas
ir kitų laivo dokumentų pripažinimas**

(1) Vienos Susitariančios šalies pagal tarptautines sutartis paruoštus, pripažintus ir tos šalies laive esančius laivo dokumentus pripažįsta ir kita Susitarianči šalis.

(2) Laivai, kurie pateikia Susitariančios šalies oficialiai išduotą laivo pasą, kitos Susitariančios šalies uoste nebematuojami. Skaičiuojant uosto rinkliavas, remiamasi šiais dokumentais.

11 straipsnis**Įgulos narių kelionės dokumentai**

(1) Kiekviena Susitariančių šalių pripažįsta kitos Susitariančios šalies atitinkamų žinybų išduotus kelionės dokumentus ir suteikia jų dokumentų savininkams 12 straipsnyje išvardintas teises.

(2) Vokietijos Federacinės Respublikos pusės kelionės dokumentai yra užsienio pasas arba jūreivio pasas, Lietuvos Respublikos pusės kelionės dokumentai – pasas arba jūreivio pasas.

12 straipsnis**Įgulos narių įvažiavimas,
tranzitas ir buvimas šalyje**

(1) Kiekviena iš Susitariančių šalių kitos Susitariančios šalies įgulos nariams, turintiems vieną iš 11 straipsnyje nurodytų kelionės dokumentų, leidžia laivo stovėjimo viename iš jos uostų metu išlipti į krantą ir būti uostamiesčio teritorijoje, neturint išankstinio leidimo apsistoti (vizos), sutinkamai su toje šalyje galiojančiais atitinkamais įstatymais ir kitais norminiais aktais. Tokiu atveju reikia turėti:

- Vokietijos Federacinėje Respublikoje – leidimą išlipti į krantą;
- Lietuvos Respublikoje – leidimą išlipti į krantą;

(2) Kiekvienas įgulos narys, turintis vieną iš 11 straipsnyje nurodytų kelionės dokumentų gavę leidimą apsistoti prieš įvažiuodamas į šalį (vizą), gali pervaziuoti kitos Susitariančios šalies teritoriją, grįždamas namo arba kitu tikslu, Susitariančios šalies kompetentingų žinybų pripažintu svarbiu, vykti į savo ir kurį kitą laivą. Reikalingas leidimas (viza) turi būti išduodamas kuo greičiausiai.

(3) Susitariančių šalių kompetentingos žinybos leidžia įgulos nariui, paguldytam į ligoninę kitos Susitariančios šalies teritorijoje, būti toje šalyje stacionariam gydymui reikalingą laikotarpį.

(4) Abi Susitariančios pusės pasilieka teisę atsisakyti duoti įvažiavimo leidimą nepageidautiniems asmenims, net jei tie asmenys turi vieną iš 11 straipsnyje nurodytų kelionės dokumentų.

(5) Susitariančios šalies diplomatinė misija ir konsulinė atstovybių tarnaautojai bei šios Susitariančios šalies laivų kapitonai ir įgulos nariai turi teisę susisiekti ir susitikti pagal šalies, kurioje jie yra, įstatymus ir kitas teises normas.

(6) Nepaisant aukščiau pateiktų nuostatų, Susitariančių šalių taisyklės dėl įvažiavimo, apsistojimo ir išvažiavimo lieka nepakitę.

13 straipsnis**Nelaimingi atsitikimai jūroje**

(1) Jei vienos Susitariančios šalies laivą kitos šalies teritoriniuose vandenynuose ištinka katastrofa ar avarija, jei jis skęsta ar

Havarie, läuft es auf Grund oder gerät es in sonstiger Weise in Seenot, so gewähren die Behörden dieser anderen Vertragspartei dem Kapitän, den Besatzungsmitgliedern den Fahrgästen sowie dem Schiff und seiner Ladung den gleichen Schutz und Beistand wie Schiffen unter der eigenen Flagge. Die in Satz 1 genannten Vorkommnisse werden von den von jeder Vertragspartei gegenüber der anderen Vertragspartei zu bezeichnenden Behörden untersucht, wenn ein öffentliches Interesse vorliegt, auf jeden Fall aber dann, wenn bei einem solchen Vorkommnis ein Fahrzeug gesunken oder aufgegeben worden ist oder jemand den Tod erlitten hat. Die Untersuchungsergebnisse werden von den zu bezeichnenden Behörden den Behörden der anderen Vertragspartei so schnell wie möglich übermittelt.

(2) Die Vertragsparteien sehen, falls ein Schiff einen Unfall oder eine Havarie erlitten hat, von der Erhebung von Einfuhrzöllen, Steuern und jeglichen anderen Abgaben, denen Ladung, Ausrüstung, Materialien, Vorräte und anderes Schiffszubehör unterliegen ab, sofern diese Gegenstände im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei weder gebraucht noch verbraucht werden.

(3) Absatz 2 schließt die Anwendung der Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften der Vertragsparteien betreffend die vorübergehende Lagerung von Gütern nicht aus.

Artikel 14

Gemischter Seeschiffahrtssauschuß und Konsultationen

(1) Um die wirksame Anwendung dieses Abkommens zu gewährleisten, wird ein Gemischter Seeschiffahrtssauschuß gebildet, der aus den Seeschiffahrtsverwaltungen und den von den Vertragsparteien benannten Sachverständigen besteht.

(2) Dieser Ausschuß behandelt Fragen von gemeinsamen Interesse, insbesondere Fragen im Zusammenhang mit

- den Tätigkeiten der Seeschiffahrtsunternehmen und der Schiffe der Vertragsparteien, die im Seeverkehr zwischen den Vertragsparteien beschäftigt sind;
- der Beachtung sämtlicher Bedingungen für die ordnungsgemäße Abwicklung des Seeverkehrs durch die Seeschiffahrtsunternehmen jeder Vertragspartei;
- den zweiseitigen Konsultationen der Seeschiffahrtsunternehmen und der Seeschiffahrtsbehörden beider Vertragsparteien;
- der gütlichen Beilegung von Streitigkeiten einschließlich derer, die aus der Auslegung dieses Abkommens entstehen.

(3) Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Grundsätze des beiderseitigen Vorteils und der nichtdiskriminierenden Behandlung der Seeschiffahrtsunternehmen und Schiffe beider Vertragsparteien zu beachten.

(4) Der Gemischte Seeschiffahrtssauschuß tritt auf Antrag einer der Vertragsparteien spätestens drei Monate nach Stellung dieses Antrags zusammen.

Artikel 15

Technische Zusammenarbeit

Die Vertragsparteien ermutigen die Reeder und die mit der Seeschiffahrt verbundenen Institutionen beider Länder, alle möglichen Formen der Zusammenarbeit, insbesondere in der Ausbildung von Fachleuten und in technischen Fragen zu suchen und zu entwickeln.

Artikel 16

Inkrafttreten

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind. Als Tag des Inkrafttretens wird der Tag des Eingangs der letzten Notifikation angesehen.

kaip nors kitaip yra pakenktas, tai kitos Susitariančios šalies žinybos suteikia kapitonui, įgulos nariams ir keleiviams, taip pat laivui ir jo kroviniams tokią pačią pagalbą ir apsaugą kaip ir laivams su savo šalies vėliava. Aukščiau išvardintus nelaimingus atsitikimus tiria kiekvienos Susitariančios šalies paskirtos kitos Susitariančios šalies žinybos, jei yra visuomenės susidomėjimas, ir bet kokių atveju – jei tokio įvykio metu laivas nuskendo arba buvo paliktas, arba kas nors žuvo. Tyrimo rezultatus paskirtos žinybos kaip galima greičiau perduoda kitos Susitariančios šalies žinybai.

(2) Susitariančios šalys, laivui patyrus avariją ar kitą nelaimingą atsitikimą, neima įvežimo muitų, mokesčių ir kitų rinkliavų už krovinius, įrangą, medžiagas ir kitus laivo prietaisus, jei tie daiktai kitos Susitariančios šalies teritorijoje nebuvo naudojami ar vartojami.

(3) 2 paragrafas nepanaikina Susitariančių šalių įstatymų ir kitų teisinių aktų dėl laikino prekių sandėliavimo galiojimo.

14 straipsnis

Bendra laivininkystės komisija ir konsultacijos

(1) Siekiant garantuoti efektyvų šios sutarties vykdymą, sudaroma Bendra laivininkystės komisija, susidedanti iš Susitariančių šalių jūrų laivininkystės įmonių valdybų ir Susitariančių šalių skiriamų ekspertų.

(2) Ši komisija svarsto klausimus, liečiančius bendrus interesus, visų pirma susijusius su:

- jūrų laivininkystės įmonių ir Susitariančių šalių laivų veikla laivyboje tarp abiejų Susitariančių šalių;
- Susitariančių šalių laivininkystės įmonių visų sąlygų vykdymu, kad būtų užtikrintas susisiektas jūrų transportas;
- abiejų Susitariančių šalių jūrų laivininkystės įmonių ir jūrų laivininkystės žinybų abipusėmis konsultacijomis;
- ginčų, įskaitant ir kylančių dėl šios sutarties traktavimo, sprendimu.

(3) Susitariančios šalys įsipareigoja laikytis abipusio palankumo ir abiejų šalių jūrų laivininkystės įmonių ir laivų nediskriminavimo principo.

(4) Bendra Jūrų laivininkystės komisija susirenka vienos iš Susitariančių šalių prašymu, ne vėliau kaip 3 mėnesiai po pareiškimo įteikimo.

15 straipsnis

Techninis bendradarbiavimas

Susitariančios šalys skatina abiejų šalių laivų savininkus ir su jūrų laivininkyste susijusias instrukcijas ieškoti ir plėtoti visas galimas bendradarbiavimo formas, ypač specialistų rengimo ir techninių klausimų sprendimo srityse.

16 straipsnis

Įsigaliojimas

Ši Sutartis įsigalioja nuo tos dienos, kai Susitariančios šalys praneša viena kitai, kad įvykdytos reikalingos prielaidos valstybių viduje Sutarties įsigaliojimui. Įsigaliojimo diena yra paskutinės notifikacijos gavimo diena.

Artikel 17**Geltungsdauer, Kündigung**

- (1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.
- (2) Dieses Abkommen kann von jeder Vertragspartei unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten durch Notifikation gekündigt werden.

17 straipsnis**Sutarties galiojimo laikas ir nutraukimas**

- (1) Ši Sutartis sudaryta neribotam laikui.
- (2) Sutartis gali būti nutraukta, vienai iš Susitariančių šalių pateikus notifikaciją laikantis šešių mėnesių termino.

Geschehen zu Wilna am 28. Juli 1992 in zwei Urschriften, jede in deutscher und litauischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Pasirašyta Vilniuje 1992 m. liepos mėn 28 d. dviem egzemplioriais, iš kurių kiekvienas yra lietuvių ir vokiečių kalba, abu tekstai turi vienodą galią.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Vokietijos Federacinės
Respublikos Vyriausybės vardu
Gottfried Albrecht
Wolfgang Gröbl

Für die Regierung der Republik Litauen

Lietuvos Respublikos
Vyriausybės vardu
Biržiškis

Denkschrift zum Abkommen

A. Allgemeines

Das Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Litauen über die Seeschifffahrt ist am 28. Juli 1992 in Wilna unterzeichnet worden. Es ist das erste bilaterale Schiffsabkommen der freien und demokratischen Republik Litauen mit einem anderen Staat nach der Wiedererlangung voller Souveränität. Der Vertrag beruht auf den Prinzipien der Nichtdiskriminierung und Gleichberechtigung der Schiffe im gegenseitigen Seeverkehr und gewährt Inländerbehandlung für die Benutzung der Häfen. Er regelt die Behandlung von Schiffsunternehmen, Schiff, Kapitän, Besatzung, Fahrgästen und Gütern im jeweils anderen Vertragsstaat und enthält Bestimmungen über den Transfer von Frachteinnahmen. Desweiteren regelt er die Gleichbehandlung der Schiffe in den Häfen sowie weitere technische Fragen des Seeverkehrs zwischen beiden Ländern. Ein Gemischter Seeschiffahrtsausschuß aus Vertretern beider Staaten soll die Durchführung des Abkommens überwachen und regelmäßig Fragen des zweiseitigen Seeverkehrs sowie allgemeine Fragen der internationalen Schifffahrt behandeln.

Das Abkommen wird impulsgebend für die regionale Zusammenarbeit im Ostseeraum sein. Im Lichte der jüngsten Entwicklungen wird dieser Handels- und Wirtschaftsraum wieder die Bedeutung früherer Zeiten erlangen. Litauen wird dabei an seine Tradition als Brücke zwischen West und Ost anknüpfen können, zumal der Entwicklung leistungsfähiger, zuverlässiger Transportverbindungen für den Aufbau der litauischen Volkswirtschaft entscheidende Bedeutung zukommt.

B. Besonderes

Zu Artikel 1

Artikel 1 definiert die im Abkommen mehrfach verwandten Begriffe „Zuständige Seeschiffahrtsbehörde“, „Schiff einer Vertragspartei“, „Seeschiffsunternehmen einer Vertragspartei“ und „Besatzungsmitglied“.

Zu Artikel 2

Artikel 2 Abs. 1 verpflichtet die Vertragsparteien, die Entwicklung des Seeverkehrs zwischen ihren beiden Ländern zu fördern und sich jeglicher Handlungen, die ihrer normalen Entwicklung abträglich sind, zu enthalten.

Absatz 2 räumt den Seeschiffen beider Seiten das Recht auf Teilnahme am gegenseitigen Seeverkehr und am Seeverkehr nach Drittstaaten (Cross-Trade) ein.

Absatz 3 berechtigt Seeschiffsunternehmen aus Drittländern sowie Schiffe unter Flagge eines Drittstaates, sich an der Beförderung der im Rahmen des bilateralen Außenhandels der Vertragsparteien ausgetauschten Waren zu beteiligen. Dabei erhalten Schiffe, die von Seeschiffsunternehmen der Vertragsparteien gechartert sind, dieselben Vergünstigungen, wie wenn sie die Flagge einer Vertragspartei führten.

Zu Artikel 3

Artikel 3 Abs. 1 stellt klar, daß das Abkommen Rechte und Verpflichtungen aus anderen internationalen Übereinkünften nicht berührt. Dies gilt insbesondere für Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus ihrer Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft.

Absatz 2 verdeutlicht das Bestreben beider Vertragsparteien, die einschlägigen internationalen Übereinkünfte über Schiffsicherheit, über die sozialen Bedingungen der Seeleute und über den Meeresumweltschutz zu ratifizieren.

Zu Artikel 4

Artikel 4 verpflichtet die Vertragsparteien, im internationalen Seeverkehr diskriminierende Handlungen zu unterlassen, die die Seeschiffsinteressen der anderen Vertragspartei benachteiligen oder die freie Auswahl der Seeschiffsunternehmen entgegen dem Grundsatz des freien Wettbewerbs beeinträchtigen.

Zu Artikel 5

Artikel 5 Absatz 1 räumt den Schiffen die Inländerbehandlung in den Häfen und Hoheitsgewässern der jeweils anderen Vertragspartei ein.

Absatz 2 dehnt das Prinzip der Gegenseitigkeit aus, auf das Recht der Seeschiffsunternehmen, im Hoheitsgebiet des Vertragspartners Agenturtätigkeiten auszuüben.

Zu Artikel 6

Artikel 6 räumt das Recht zur freien Verwendung und zum freien Transfer, der im Gebiet der anderen Vertragspartei erzielten Frachteinnahmen ein.

Zu Artikel 7

Artikel 7 zählt die Ausnahmen auf, die vom Regelungsgebiet des Abkommens ausgeschlossen sind.

Zu Artikel 8

Absatz 1 regelt, daß die Schiffe einer Vertragspartei sowie deren Besatzungsmitglieder und Fahrgäste während ihres Aufenthaltes in dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei deren einschlägige Gesetze und Bestimmungen einzuhalten haben. Dies gilt auch für die Ladung.

Absatz 2 stellt klar, daß die Schiffe von Seeschiffsunternehmen, solange sie sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei befinden, deren Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften über das Ein- und Auslaufen in oder aus ihrem Hoheitsgebiet sowie über den Betrieb und die Führung solcher Schiffe unterliegen.

Absatz 3 verdeutlicht, daß Fahrgäste, Besatzungsmitglieder und Versender von Gütern, die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei geltenden Gesetze oder sonstigen Rechtsvorschriften über Einreise, Aufenthalt und Ausreise

der Fahrgäste und Besatzungen sowie Einfuhr, Ausfuhr und Lagerung von Gütern einzuhalten haben.

Zu Artikel 9

Artikel 9 beinhaltet die Verpflichtung der Vertragsparteien, Verzögerungen bei den Liegezeiten und in der Abfertigung zu vermeiden, um so die Beförderungen auf dem Seeweg zu erleichtern und zu fördern.

Zu Artikel 10

Absatz 1 und Absatz 2 Satz 1 regeln die gegenseitige Anerkennung der Schiffspapiere sowie des Schiffsmeßbriefes. Bei Vorliegen des amtlich ausgestellten Meßbriefes sind die Schiffe von der Nachvermessung im Partnerstaat befreit. Absatz 2 Satz 2 bestimmt, daß bei der Berechnung der Hafengebühren, die in dem Schiffsmeßbrief enthaltenen Angaben zugrunde zu legen sind.

Zu Artikel 11

Artikel 11 Abs. 1 regelt die gegenseitige Anerkennung der Reisedokumente und gesteht den Seeleuten der Vertragsparteien, die im Besitz eines ordnungsgemäß ausgestellten Reisedokuments sind, die in Artikel 12 aufgeführten Rechte zu.

Absatz 2 definiert den Begriff Reisedokumente.

Zu Artikel 12

Artikel 12 Abs. 1 und Abs. 2 regeln die Bedingungen im Hafenstaat für den Landgang, den Schiffwechsel und für die Heimreise der Seeleute.

Absatz 3 räumt erkrankten Besatzungsmitgliedern die Möglichkeit des Krankenhausaufenthaltes im Hafenstaat ein.

Nach Absatz 4 behalten sich die Vertragsparteien das Recht vor, unerwünschten Personen die Einreise zu verwehren.

Nach Absatz 5 sind die Bediensteten der diplomatischen Missionen und der konsularischen Vertretungen einer Vertragspartei berechtigt, mit dem Kapitän und den Besatzungsmitgliedern der Schiffe ihres Staates Kontakt aufzunehmen.

Absatz 6 stellt klar, daß vorbehaltlich der Bestimmungen in Absatz 1 bis 5 die Regelungen des Ausländerrechts ansonsten unberührt bleiben.

Zu Artikel 13

Artikel 13 verpflichtet die Vertragsparteien zur Hilfe, wenn Schiffe der anderen Vertragspartei auf ihrem Hoheitsgebiet in Seenot oder andere Gefahren geraten, und regelt die Untersuchungsmaxime. Ferner enthält er Bestimmungen über die fiskalische Behandlung der in Notfällen ausgeladenen Güter.

Zu Artikel 14

Absatz 1 regelt die Bildung eines Gemischten Seeschiffahrtsausschusses.

Nach Absatz 2 wird der von dem Ausschuß zu behandelnde Themenkreis umrissen.

In Absatz 3 verpflichten sich die Vertragsparteien, die Grundsätze des beiderseitigen Vorteils und der Nichtdiskriminierung hinsichtlich der Seeschiffahrtsunternehmen und Schiffe zu beachten.

Absatz 4 regelt die Modalitäten für das Zusammentreten des Gemischten Seeschiffahrtsausschusses.

Zu Artikel 15

In Artikel 15 werden die Reeder und die mit der Seeschiffahrt verbundenen Institutionen beider Länder durch die Vertragsparteien aufgefordert, alle möglichen fachlichen Beziehungen zu suchen und zu entwickeln.

Zu Artikel 16

Artikel 16 regelt den Termin des Inkrafttretens des Abkommens.

Zu Artikel 17

Absatz 1 legt die Gültigkeit des Abkommens auf unbestimmte Zeit fest.

Absatz 2 sieht die Möglichkeit der schriftlichen Kündigung des Abkommens und das darauffolgende Außerkrafttreten vor.

